

Gemeinsame Pressemitteilung vom 14. Januar 2010

„Schluss mit staatlicher Förderung der Massentierhaltung – Bauernhöfe statt Agrarfabriken!“

Bürgerinitiativen, Bauern, Umwelt- und Tierschützer demonstrieren bei Grüner Woche gegen industrielle Massentierhaltung

Berlin: Mitglieder von über 60 Bürgerinitiativen, von Bauern-, Tierschutz- und Umweltverbänden demonstrierten in Berlin anlässlich der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche durch Agrarministerin Ilse Aigner gegen die industrielle Massentierhaltung. Die in dem Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ zusammengeschlossenen Aktivisten stiegen vor dem Internationalen Congress Centrum Berlin (ICC Berlin) aus einem Viehtransporter. Auf Bannern forderten sie von Agrarministerin Aigner ein Umsteuern in der Agrarpolitik zugunsten von Bauernhöfen statt von Agrarfabriken. Auf der Grünen Woche wolle die Agrarindustrie ein möglichst naturnahes und tierfreundliches Bild abgeben. Fakt sei jedoch, dass der größte Teil aller Nutztiere ihr kurzes Leben in Massentierhaltungen unter tierquälerischen Bedingungen fristeten, so die Kritik des Netzwerkes.

Sievert Lorenzen, Vorsitzender von PROVIEH: „Eine überwältigende Mehrheit der Bürger erwartet, dass ihre Lebensmittel tier- und umweltgerecht erzeugt werden. Auch Agrarministerin Aigner hat kürzlich aus Klimaschutzgründen eine Halbierung des Fleischkonsums empfohlen. Mit ihrer Agrarpolitik fördert sie jedoch die fortschreitende Industrialisierung der Tierproduktion. Das geht zu Lasten der Umwelt, der Tiere und der Anwohner von Tierhaltungsanlagen. Gleichzeitig werden tausende bäuerliche Familien durch das Überschwemmen der Märkte mit Billigfleisch in den Ruin getrieben.“

In Deutschland gebe es einen Trend zu immer größeren Ställen. Broilermastanlagen fassten bis zu 600 000 Tiere, Schweinemastanlagen bis zu 90 000 Tiere. Viele bäuerliche Betriebe seien der Billigkonkurrenz nicht gewachsen und müssten aufgeben. Unter der Ausweitung der Massentierhaltung und der damit einhergehenden Geruchsbelästigung durch Gülle und Tiertransporte litten auch die Lebens- und Erholungsqualität in den Regionen. Andere Wirtschaftssektoren wie Tourismus und nachhaltige Tierhaltung würden dadurch extrem eingeschränkt.

Das Netzwerk forderte, künftig alle Agrarsubventionen strikt an Leistungen für den Tier- und Umweltschutz zu koppeln und die Tierschutzstandards anzuheben. Das Bündnis forderte zudem eine deutlich verbesserte Bürgerbeteiligung bei der Planung neuer Ställe, die Kennzeichnung der Tierhaltungsformen auf allen Lebensmitteln entsprechend dem Vorbild der Eierkennzeichnung sowie die Stärkung der regionalen Futtermittelerzeugung.

Das Forderungspapier vom Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ finden Sie im Internet unter

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/landwirtschaft/20100114_landwirtschaft_bauernhoeefe_statt_agrarfabriken_netzwerk.pdf

Kurzlink: <http://bit.ly/8PflML>

Pressekontakt:

Katrin Riegger, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-275 86 464, presse@bund.net; bzw.
Reinhild Benning, BUND-Agrarexpertin, Mobil 0175 – 72 63 779, www.bund.net

Stefan Johnigk, Geschäftsführer PROVIEH – VgtM (Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung) e.V., Tel. 0431-2 48 28-14, Mobil 0157-0301 0443, johnigk@provieh.de, www.provieh.de

Eckehard Niemann, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e. V., Mobil 0151-11 20 16 34, <http://www.abl-ev.de>

Yorck C. Weber, Pressereferent des Deutschen Tierschutzbundes, Tel. 0228-604 96-25, weber@tierschutzbund.de, www.tierschutzbund.de

Das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ ist ein Zusammenschluss von über 60 Bürgerinitiativen und wird koordiniert vom Deutschen Tierschutzbund, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), PROVIEH - VgtM (Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung) e.V., der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und den Bürgerinitiativen aus Haßleben und Billerbeck.